

Beschlußempfehlung

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zum Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksache 10/155 —

zur Erklärung der Bundesregierung zum Ergebnis
der NATO-Konferenz am 9./10. Juni 1983

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt das am 10. Juni 1983 von den Außenministern des Nordatlantischen Bündnisses in Paris verabschiedete Communiqué. Nachdrücklich bekräftigt er das Bekenntnis des Bündnisses zu seiner festen Position des Friedens in Freiheit. Der Deutsche Bundestag teilt die klare und konsequente Haltung der Bündnispartner zu beiden Teilen des Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979.
2. Der Deutsche Bundestag unterstützt das nachhaltige Eintreten der Bundesregierung für eine drastische Verminderung der atomaren Potentiale in Ost und West mit dem Ziel eines Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau.
Abrüstung muß Vorrang haben vor dem Bestreben, die Potentiale auf dem heutigen Stand lediglich einzufrieren. Ein bloßes Einfrieren würde zu einer Verzögerung der dringend erforderlichen Reduzierungsmaßnahmen führen. Unser Motto heißt: erst Abrüsten und dann Einfrieren auf ein ausgewogenes gleichgewichtiges möglichst niedriges Niveau.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, weiter an dem durch die Außen- und Verteidigungsminister im Jahre 1979, nicht zuletzt aufgrund deutscher Besorgnisse, vereinbarten Doppelbeschluß festzuhalten und sich weiterhin entschlossen für einen Abbau der SS 20-Rüstung einzusetzen. Die Sowjetunion hat insbesondere mit der SS 20-Rüstung die Stabilität nachteilig verändert und damit die Bemühung der NATO-Staaten um ein niedriges und stabiles Rüstungsgleichgewicht zunichte gemacht.

4. Die Sowjetunion wird aufgefordert, die westeuropäischen Sicherheitsbedürfnisse nicht geringer zu achten als ihre eigenen und ihre SS 20-Raketen vollständig zu beseitigen. Im Falle des völligen Verzichts der Sowjetunion auf landgestützte Mittelstreckenraketen wäre der Westen bereit, auf die im NATO-Doppelbeschluß festgelegte westliche Nachrüstung uneingeschränkt zu verzichten. Wenn sich die Sowjetunion noch nicht in der Lage sieht, diesem weitreichenden Abrüstungsvorschlag des Westens zuzustimmen, wird an sie appelliert, ein ausgewogenes Zwischenergebnis auf der Grundlage des jüngsten amerikanischen Vorschlages zu ermöglichen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß sich die Bundesregierung entschlossen für verstärkte Bemühungen beider Verhandlungspartner um ein für alle Seiten tragfähiges Zwischenergebnis bei den Genfer INF-Verhandlungen einsetzt. Dazu gehört auch die Begrenzung nuklearer Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite. Er erwartet entsprechende weitere Anstrengungen beider Verhandlungspartner.

5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich innerhalb des NATO-Bündnisses für Ost-West-Verhandlungen über die einschneidende Reduzierung und Begrenzung atomarer Kurzstreckenwaffen einzusetzen, um so die Gesamtzahl der Nuklearwaffen auf deutschem Boden insgesamt wesentlich zu reduzieren.
6. Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den MBFR-Verhandlungen in Wien weiter auf ein ausgewogenes, den Frieden in Europa förderndes Ergebnis zu drängen. Konventionelle Rüstungskontrolle ist für die Sicherheit in Europa ebenso wichtig wie nukleare Rüstungskontrolle. Der Warschauer Pakt wird aufgefordert, endlich eine einvernehmliche Klärung der Datenfrage zu ermöglichen, die Notwendigkeit angemessener Verifikationsmaßnahmen zu akzeptieren und den Weg für ausgewogene und überprüfbare Reduzierung der Landstreitkräfte im Reduzierungsraum freizumachen.
7. Der Deutsche Bundestag begrüßt das engagierte Eintreten der Bundesregierung für eine Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und über Abrüstung in Europa (KAE) vom Atlantik bis zum Ural. Voraussetzung der KAE ist, daß in Madrid ein ausgewogenes, insbesondere hinsichtlich der Menschenrechte, weiterführendes Schlußdokument verabschiedet wird, für das der Vorschlag der neutralen und nichtgebundenen Staaten eine gute Grundlage sein kann.
8. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich weiter für ein weltweites überprüfbares Verbot aller chemischen Waffen einzusetzen.
9. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die wirksame Einhaltung des vom Deutschen Bundestag am 10. Dezember 1982 ratifizierten Abkommens über das Verbot aller biologischen Waffen einzusetzen und darüber hinaus für verbesserte Kontrollen einzutreten.
10. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich weiter für das weltweite Verbot radiologischer Waffen einzusetzen.
11. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich weiter für einen umfassenden nuklearen Teststopp (CTB) unter besonderer Berücksichtigung der Verifikationsfrage einzusetzen.
12. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich energisch für einen waffenfreien Weltraum einzusetzen.

Bonn, den 22. Juni 1983

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Marx

Voigt (Frankfurt)

Dr. Todenhöfer

Vorsitzender

Berichterstatter